

«Viele Politiker fahren noch zu sehr auf Spitzenforschung und Nobelpreise ab»

Der Direktor des Arbeitgeberverbands erklärt, warum die Schweiz nicht mehr eigene Akademiker braucht.

Mit Thomas Daum sprach Antonio Cortes

Sie haben Jura studiert. Wie viele Semester benötigten Sie?
Acht.

Dann war die Studienwahl von Anfang an klar.
Keineswegs. In den ersten Semestern habe ich auch Vorlesungen in Germanistik besucht.

Warum entschieden Sie sich dann doch für Jura?

Einerseits wegen der Berufsperspektiven. Bei der Germanistik war das Risiko hoch, dass ich Lehrer geworden wäre - was mir nicht entsprochen hätte. Andererseits faszinierte mich zunehmend die wichtige Rolle von Jura in Wirtschaft und Gesellschaft.

Sie haben zügig studiert.

Das war in unserer Abteilung nicht aussergewöhnlich. Bummelstudenten gab es eher in anderen Fakultäten.

Und Sie haben etwas Nützliches studiert.

Ja. Aber ich habe das immer mit einer Horizonterweiterung verbunden. Darum auch Germanistik.

Also ist auch ein Literaturstudium nicht ganz unnützig?
Gewiss nicht.

Sie pochen aber auf die Arbeitsmarktfähigkeit von Absolventen.
Man darf das nicht absolut sehen. Schwerpunkt des Studiums muss zwar die Orientierung Richtung Erwerbstätigkeit sein. Es braucht aber auch Horizonterweiterung. Wer nicht bloss ein Einspurstudium absolviert,



Thomas Daum, Direktor des Arbeitgeberverbands, spricht sich für höhere Studiengebühren aus. Foto: Sabina Bobst

hat im Arbeitsmarkt bessere Chancen.

Sie haben auch schon den Boom der Sozialwissenschaften kritisiert.
Ja, aber nur, weil es aus Sicht der Wirtschaft zu wenig Naturwissenschaftler und Ingenieure gibt. So gesehen, gibt es sicher zu viele Studierende der Geisteswissenschaften. Der Arbeitsmarkt

kann nicht alle aufnehmen.

Ist das nicht kurzfristig gedacht? Vor zwanzig Jahren galten Islam- oder Umweltwissenschaften als brotlos. Heute ist das nicht mehr der Fall.
Sicher ist es schwierig, über eine lange Frist zu sagen, welchen Bedarf die Wirtschaft hat. Das generelle Problem bei den Phil-tern ist die grosse Zahl an Studierenden. Umgekehrt ist mir auch klar, dass bei der Studienwahl die Marktchancen nicht das einzige Kriterium sein können. Wichtig sind auch Neigung und Talent. Dagegen kann man sich nicht vergewaltigen.

Wie viele Hochschulabsolventen braucht die Schweiz?

Die Diskussion um Quoten ist falsch. Die Bedürfnisse der Wirtschaft und Industrie ändern sich rasch. Klar ist für mich bloss, dass wir unser eigenes Potenzial optimal ausnützen müssen.

Trotzdem müssen wir viele Ingenieure und Pharmazeuten importieren.

Darin sehe ich kein Problem. Das beweist nur, wie hervorragend einzelne Branchen im Weltmarkt positioniert sind. Ich denke an die Pharma oder an die Maschinen-, Elektro und Metallindustrie. Es wäre eine Illusion, zu glauben, wir könnten alle hochqualifi-

zierten Stellen mit eigenen Leuten optimal besetzen.

Tatsache ist aber, dass in Frankreich oder Deutschland die Akademikerquoten viel höher sind.

Der Vergleich hinkt. Unsere Stärke ist das duale Bildungssystem mit Lehre, Berufsmatura, Höherer Berufsbildung und Fachhochschulen. Praxisorientierte Mitarbeiter brauchen wir genauso wie Akademiker. Würden wir auf Teufel komm raus mehr Uni-Absolventen produzieren, würden der Berufsbildung viele Talente entzogen. Exzellenz ist hier aber genauso nötig. Die Verteilung der klügsten Köpfe auf die zwei Ausbildungsgänge unterscheidet uns von Ländern, die eine viel höhere Maturitätsquote haben.

Das sehen nicht alle so. Die Akademie der Wissenschaften fordert eine Steigerung der Maturitätsquote von 20 auf 70 Prozent.

Das ist unseriös. Die Universitäten beklagen schon heute das Bildungsniveau der Maturanden. Höhere Quoten würden die Matura abwerten und an Universitäten zu Zulassungsprüfungen führen.

Die Schweiz bildet zu wenige Ärzte aus und rekrutiert sie in Deutschland. So spart man hohe Ausbil-

dungskosten. Ist denn das seriös?

Es wäre falsch, uns als Trittbrettfahrer zu bezeichnen. Der Brain-Gain ist ja keine Einbahnstrasse. Beispiel ETH: In einzelnen Abteilungen sind über 50 Prozent der Doktoranden Ausländer. Viele kehren ins Heimatland zurück.

Mit jedem Arzt, den die Schweiz nicht ausbildet, spart sie 120 000 Franken pro Jahr. Brauchen die Hochschulen nicht mehr Geld?

Generell eher Nein. Nachholbedarf gibt es jedoch in der Berufsbildung, wo der Bund seine Verpflichtungen nicht voll erfüllt. Zudem sollte man die Studiengebühren erhöhen.

Um wie viel? Die Uni Zürich verlangt derzeit 1400 Franken pro Jahr.

Ich will mich nicht festlegen. Es gibt aber sicher einen Spielraum. Komplementär dazu müsste das Stipendiensystem gut entwickelt sein.

Umgekehrt könnte das Geld effizienter eingesetzt werden. Ist es sinnvoll, dass fast alle Unis alle Studiengänge anbieten?

Eine Konzentration der Kräfte ist nötig. Andererseits braucht es auch Wettbewerb zwischen den Universitäten. Die Konzentration sehe ich vor allem dort, wo die Schweiz international im Wettbewerb steht - etwa bei den Naturwissenschaften. Wichtig ist aber auch, dass die Hochschulen ihre Autonomie wahren können.

Mit der Folge, dass jeder Hochschulkanton den Besitzstand verteidigt.

Nicht unbedingt. Es gibt mehr Kooperation, als man meint: Die ETH und St. Gallen arbeiten beim Studiengang Technology-Management zusammen. Dasselbe gilt zwischen der Uni Zürich und der ETH im Fach Biologie.

Das sind Einzelfälle.

Hoffentlich nicht mehr lange. Das neue Hochschulförderungsgesetz postuliert die Vision eines Hochschulraums Schweiz. Der Entwurf muss jedoch verbessert werden, denn sonst haben die Kantone eine zu starke Stellung. Und im Entscheidungsgremium ist die Wirtschaft nur in beratender Funktion vorgesehen. Das könnte dazu führen, dass die Kantone die Schwerpunktbildungen verhindern.

Befürworten Sie die Schaffung eines Bildungsdepartements?

Grundsätzlich Ja. Allerdings unter der Bedingung, dass die prestigeträchtige, gymnasial-akademische Bildung die praxisorientierte Berufsbildung nicht dominiert. Beide Wege müssen gleichberechtigt sein. Dann sind auch Synergien möglich. Viele Politiker fahren noch zu sehr auf Spitzenforschung und Nobelpreise ab.

Neues Hochschulgesetz in der Kritik

Ringens um exzellenten Hochschulraum

Die Schweizer Hochschullandschaft mit 180 000 Studierenden ist föderal zersplittert. Neben den ETH in Zürich und Lausanne gibt es acht kantonale Universitäten. Dazu kommen sieben interkantonale Fachhochschulen. Vor allem für die Unis gilt: Noch immer kann man fast überall fast alles studieren. Das führt zu Doppelspurigkeiten, Ineffizienz und drückt auf das Niveau von Lehre und Forschung.

Jetzt will der Bundesrat mit einem neuen Hochschulförderungsgesetz Remedur schaffen. Man wolle «in die grauen Zellen investieren», sagt Wirtschaftsministerin Doris Leuthard. Ziel ist ein wettbewerbsfähiger, durchlässiger und exzellenter Hochschulraum Schweiz. Doch der monumentalen Gesetzesvorlage droht der Absturz. Im

Ständerat hagelt es derzeit Kritik von allen Seiten. SP-Ständerätin Anita Fetz spricht von einem «bürokratischen Supertanker voller Kompromisse», ihr FDP-Kollege Felix Gutzwiller von «Masse statt Klasse».

Am heftigsten opponieren die Wirtschaftsverbände. Aus ihrer Sicht hat es der Bundesrat verpasst, die Weichen für ein international konkurrenzfähiges Hochschulsystem zu stellen. Grösster Fehler sei, dass die Kantone ihre Besitzstände wahren könnten. Im Zentrum der Kritik steht der 15-köpfige Hochschulrat als neues Führungsorgan. Ihm sollen unter dem Vorsitz eines Vertreters der Landesregierung 14 kantonale Erziehungsdirektoren angehören. Die Wirtschaft wäre einzig in beratender Funktion eingebunden. (ac)